

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVIII/105

4. Juni 1973

Willy Brandt in Israel

Eine Vermittlerrolle im Nahen Osten scheidet aus

Von Heinz Westphal MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend/Familie/Gesundheit und Präsident der deutsch-israelischen Gesellschaft

Seite 1 und 2 / 85 Zeilen

Hochwillkommen in der Bundesrepublik

Zum Staatsbesuch des Königs der Norweger

Seite 2a / 33 Zeilen

Seltsamer Nachhall

Einige Bemerkungen zur Diskussion über Barzels Mißtrauensvotum

Von Wolfgang Jansen

Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 56 Zeilen

Spiegelbild der Mutterpartei

Junge Union - ein politischer Kindergarten

Seite 5 und 6 / 52 Zeilen

Bedeutsam für das Saarland

Saarkanalisierung führt aus der Randlage heraus

Von Alwin Brück MdB

Seite 7 / 46 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 868 848 / 868 847
868 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Willy Brandt in Israel

Eine Vermittlerrolle im Nahen Osten scheidet aus

Von Heinz Westphal MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für
Jugend, Familie und Gesundheit und Präsident der
deutsch-israelischen Gesellschaft

Am 7. Juni wird Bundeskanzler Willy Brandt zu einem vier-tägigen Staatsbesuch in Israel eintreffen. Er ist der erste deutsche amtierende Regierungschef, der als offizieller Gast der Jerusalemer Regierung israelischen Boden betritt. Dies ist kein Zufall. Es spiegelt sich hierin die Politik der Bundesregierung wider, die sich bei aller Betonung der Ausgewogenheit ihrer politischen Beziehungen zu den Ländern des Nahen Ostens des einmaligen Charakters des deutsch-israelischen Verhältnisses verpflichtet weiß.

Seit dem Austausch von Botschaftern zwischen beiden Staaten im Jahre 1965 haben die deutsch-israelischen Beziehungen trotz mancher Belastungen eine gute Bilanz aufzuweisen. Das gilt für die breite deutsche Sympathiewelle während der großen Bedrohung Israels vor dem Sechs-Tage-Krieg und den Durchbruch, den gerade dieses Verhalten in der Einstellung vieler Israelis dem deutschen Volk gegenüber bewirkte; das gilt genauso für den wirtschaftlichen, den kulturellen Austausch und die sich ständig steigernde Zahl gegenseitiger menschlicher Begegnungen. Belastungen, wie die mit der Auslieferung der arabischen Terroristen von München in Zagreb verbundenen, zeigen uns allerdings, daß wir sehr auf der Hut zu sein haben, um nicht Wunden aufzureißen; Wunden, die so tief sind, daß auch neue, an ihrer Entstehung unbeteiligte Generationen wissen müssen, die Zeit der Vernarbung dauert über sie hinaus.

Es muß aber auf beiden Seiten gesehen werden, daß heute auch andere Faktoren diese Beziehungen mitbestimmen. In beiden Ländern bildet eine Generation bereits die Bevölkerungsmehrheit, die aufgrund ihres Alters erst nach Hitler und dem Zweiten Weltkrieg politisch denken lernen konnte. Die Bundesrepublik hat eine gewichtige, eigenständige Rolle in der europäischen Entspannungspolitik übernommen und zu Erfolgen geführt. Der Staat Israel seinerseits hat die militärischen Herausforderungen bestanden und stellt sich in seinen Außenbeziehungen selbstbewußt dar. Damit rücken Themen in den Vordergrund, die außenpolitisch orientiert sind und die Rolle der Staaten bei der Herbeiführung und Gestaltung des Friedens in der Welt und besonders in der Nah-Ost-Region betreffen. Unwägbar bleibt dabei die gefürchtete spontane Emotionalität der arabischen Seite, die sich auf eine neue militärische Konfrontation einlassen könnte. Es ist gut, daß auf arabischer Seite in zunehmendem Maße verstanden wird, welch unsinniges Unterfangen es war, der Bundesrepublik Deutschland Vorschriften für ihre Außenpolitik gegenüber Israel machen zu wollen. Noch besser wäre es, wenn die arabischen Regierungen aus der Tatsache der nun 25-jährigen

... Existenz Israels den Schluß ziehen würden, daß diese staatliche Existenz auf Dauer von ihnen zu akzeptieren ist und Frieden zu machen ihren Völkern wie allen Völkern nützen würde. Bei diesem Prozeß kann die Europäische Gemeinschaft - auch aus eigenem Interesse - mit Hilfe gezielter wirtschafts- und handelspolitischer Maßnahmen stärker als bisher beitragen.

Die deutsche Politik mag sich keine Vermittlerrolle im Nahen Osten an. Eine solche Aufgabe würde - von der grundsätzlichen Problematik ganz abgesehen - für uns "eine Schuhnummer zu groß" sein. Andererseits könnte man sich wünschen, daß Willy Brandt aufmerksame Zuhörer findet, wenn er von seiner Entspannungspolitik berichtet. Der gleiche Wunsch begleitete schon Walter Scheel bei seiner Reise in einige arabische Staaten. Die Bereitschaft der Bundesregierung zur Entspannung in Europa, die von der Anerkennung der aus dem letzten Weltkrieg resultierenden Realitäten ausgeht, zeigt Ansätze zu einer produktiven Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Sie führt aus dem feindlichen Gegeneinander heraus, ohne zu erwarten, daß sich die Beteiligten plötzlich in allen Fragen einig sind oder gar das politische System des anderen annehmbar finden. Es kommt vielmehr darauf an, an den geeigneten Stellen dem Gedanken Geltung zu verschaffen, daß sich eine dauerhafte, weil die berechtigten Interessen aller Parteien Rechnung tragende schrittweise Regelung des Konflikts am besten dadurch erreichen läßt, daß die beteiligten Regierungen direkte Verhandlungen aufnehmen.

Es wäre unrealistisch zu erwarten, daß der Besuch des Kanzlers in Israel nur auf Zustimmung stößt. Öffentliche Demonstrationen werden nicht ausbleiben. Willy Brandt ist dem gewachsen. Sie können nicht ihn treffen, den Sozialdemokraten, der als Mann des Widerstandes gegen das Naziregime sein Heimatland verlassen mußte. Sie gelten einer Vergangenheit, aus der kein Deutscher aussteigen kann. Unser Bundeskanzler wird sich nicht daran beteiligen, diese Vergangenheit zu vertuschen, und damit diejenigen, die seinen Besuch zum Anlaß des Protests gegen "die Deutschen" nehmen, vielleicht zum Nachdenken bringen, weil diese Verallgemeinerung unzutreffend ist und politisch unvertretbar, wenn man eine Zukunft gewinnen will, die eine Wiederholung der Vergangenheit unmöglich macht. Bundeskanzler Brandt reist nach Israel als der Repräsentant des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats, der in Deutschland entstanden ist. Die Tatsache, daß Golda Meir und das offizielle Israel ihn in dieser Rolle eingeladen hat und empfängt, macht den Wandel deutlich, der durch eine Politik der Vernunft bewirkt werden kann.

(-/4.6.1973/ks/ex)

Hochwillkommen in der Bundesrepublik

Zum Staatsbesuch des Königs von Norwegen.

Dem norwegischen König, Olaf V., Repräsentant einer der gefestigsten Demokratien in der Welt, ist bei seinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland ein herzliches Willkommen gewiß. Er kommt als Gast des Bundespräsidenten Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, der nach seinem Amtsantritt es als gebieterische Notwendigkeit empfand, vom Dritten Reich überfallene Länder zu besuchen. Dazu gehörte auch Norwegen, das Land der Wikinger. Es hat im Zweiten Weltkrieg Bitteres erlitten. Der König und seine Familie mußten fliehen, sie fanden Exil in Großbritannien.

Norwegen als ein demokratisches Land hat ohne Rücksicht auf Benachteiligungen und Drohungen den Verfolgten des Dritten Reiches Asyl gewährt. Das entsprach seiner Tradition. Bundeskanzler Willy Brandt verdankt dieser norwegischen Gastfreundschaft sein Überleben. Viele Freunde halfen ihm nach der Besetzung Norwegens durch die Truppen des Dritten Reiches zur Flucht nach Schweden. Das bleibt unvergessen. Die Norweger sehen in Willy Brandt einen der Ihren, der dort seine zweite Heimat fand, und einen Deutschen, der in den dunkelsten Stunden der deutschen Geschichte das bessere Deutschland verkörperte.

Zwischen Norwegen und der Bundesrepublik Deutschland gibt es 28 Jahre nach Kriegsende keine Ressentiments mehr, die die gegenseitigen Beziehungen belasten könnten. Norwegen besitzt in der Bundesrepublik einen verständnisvollen Freund und im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft einen loyalen Anwalt seiner Interessen. Norwegen, einst Opfer deutscher Aggressionspolitik, weiß wohl zu schätzen, was die Regierung Brandt/Scheel für die Organisation des Friedens in Europa getan hat und im Zusammenklang mit anderen noch tun wird. Norwegen braucht als nördlichstes Land Europas vom Süden aus bedrohliche Entwicklungen nicht mehr zu befürchten.

Der Besuch des Königs von Norwegen bestätigt eine Gemeinsamkeit, gegen die in der Vergangenheit so schwer gesündigt worden war. Viele Menschen in der Bundesrepublik sind froh und dankbar, für fünf Tage den König der Norweger zu Gast zu haben. Sie wissen diese Ehre wohl zu schätzen.

(ex/4.6.1973/bgy/va)

Seltsamer Nachhall

Einige Bemerkungen zur Diskussion über Barzels Mißtrauensvotum

Von Wolfgang Jansen

Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Daß vor 15 Monaten einige Abgeordnete der CDU/CSU gegen Dr. Barzel gestimmt haben, wußte man unmittelbar nach der Abstimmung. Daß es drei Abgeordnete waren - nicht nur zwei, wie jetzt häufig angenommen wird - hat Dr. Barzel auf dem CDU-Landesparteitag in Siegen unmittelbar nach der Bundestagswahl mitgeteilt. Er sprach bei dieser und weiteren Gelegenheiten ausdrücklich von "drei gezinkten Karten". Dann aber ist aus dem Abstimmungsergebnis zu folgern: Außer Helms, v. Kühlmann-Stumm und Kienbaum muß noch ein weiterer Koalitionsabgeordneter für Barzel gestimmt haben. Wer war's - und war auch hier Korruption im Spiele, könnte man fragen.

Apropos Korruption: Daß Kari Wienand am 29. März dem Abgeordneten Steiner 250.000 DM für seine Stimme gegen Barzel geboten haben soll, ist wirklich eine absurde Hypothese. Am 29. März nämlich war für die Koalition die Welt noch in Ordnung: Sie hatte eine zwar knappe, aber tragfähige Mehrheit, Helms, v. Kühlmann, Günter Müller und Kienbaum gehörten noch der Koalition an und in Baden-Württemberg standen die Zeichen noch auf Sieg. Die Landtagswahl dort war erst am 23. April, fast vier Wochen später also, und die Abstimmung über das Mißtrauensvotum fand am 27. April statt. Wie mithin Wienand, der ein sehr tüchtiger Mann ist, aber nicht über prophetische Gaben verfügt, Steiner schon am 29. März mit einer Viertelmillion auf seine Stimmabgabe bei einer Abstimmung festlegen sollte, an die ihre Urheber selbst damals noch nicht einmal im Traum dachten, bleibt das Geheimnis der Erfinder jenes Gerüchts.

Steiner jedenfalls sagt, er habe seine Stimme Barzel nicht verweigert, weil er Geld erwartete, sondern weil er Barzel für eine nationale Katastrophe hielt. Dieser Meinung scheint sich die

Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion inzwischen angeschlossen zu haben, sonst wäre Harzel noch ihr Vorsitzender. Wienand hat gegenüber dem Spiegel erklärt: "Er habe zu jener Zeit mit vielen gesprochen, möglicherweise auch mit Steiner, von Geld sei nie die Rede gewesen". Dem sei nichts hinzuzufügen.

Spätestens seit Schmidt-Wittmack und Frenzel wissen wir, daß Fraktionen gegen Agententätigkeit nicht gefeit sind. Der CDU-Abgeordnete Steiner allerdings informierte das eigene Verfassungsschutz-Landesamt und führte so die Gegner an der Nase herum. Das mag auch nicht sehr schön sein, aber wer angesichts der Uninformiertheit der CDU/CSU-Fraktion über Steiners Tätigkeit nach dem Bundesinnenminister ruft, sollte zunächst einmal an den in erster Linie zuständigen Landesinnenminister und Steiner-Parteifreund denken.

Nun möchte die CDU/CSU-Fraktion einiges untersuchen. Zunächst einmal die Stimmzettel jener Abstimmung. Niemand sollte die Union daran hindern, in ihren eigenen Reihen nach unsicheren Kantonisten zu fahnden. Stimmkarten allerdings sind in erster Linie zur Feststellung des Abstimmungsergebnisses da, nicht aber zur Feststellung des Wahlverhaltens abstimmender Abgeordneter. Übrigens war es die CDU/CSU, auf deren Antrag die Aufstellung von Wahlkabinen bei Wahlvorgängen in die Geschäftsordnung aufgenommen und deren Benutzung zwingend vorgeschrieben wurde. Man kann nicht gut gleichzeitig Vorreiter und Ausforscher geheimer Abstimmungen sein. Die Frage der Stimmkarten-Nachschau bedarf also der sorgfältigen Überprüfung.

Auch ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß, gegen dessen Einsetzung keinerlei Einwendungen gemacht werden können, dürfte als Beweismittel nicht die Frage haben, wer wie damals abgestimmt hat, sondern allenfalls, ob und auf welche Weise auf das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten Einfluß zu nehmen versucht wurde. Dann allerdings nicht nur auf einer Seite.

(-/4.6.1973/ks/ex)

+ + +

Spiegelbild der Mutterpartei

Junge Union - ein politischer Kindergarten

Als das getreue Spiegelbild der Mutterpartei zeigte sich die Jugendorganisation von CDU und CSU, die Junge Union, auf ihrem dreitägigen "Deutschlandtag" im westfälischen Herford. Man wollte sich im Herforder Schützenhaus einschließen, die Jagd beginnen auf jene, die die U-Parteien in ein heilloses Dilemma gebracht haben. Die Jung-Unionisten wollten politische Sachprobleme diskutieren, wollten durch Reformaussagen ihren Anspruch anmelden; beim "Erneuerungsprozeß" der Union in der vordersten Reihe zu stehen.

Fehlanzeige - auch die JU stellt Personalfragen vor politische Sachaussagen, auch die Junge Union leidet unter einer erschreckenden Führungslosigkeit und glaubt durch unreflektierten Reformeifer ihr Theorie-Defizit verkleistern zu können. Selbst der wohlmeinendste Beobachter in Herford war vom Nachwuchs der Union enttäuscht. Die Delegierten - z.T. mit progressivem Touch - fühlten sich im Stich gelassen nicht nur von der Führung der Mutterpartei, sondern auch von den "Spitzenpolitikern" der eigenen Organisation.

Was sich in Herford abspielte, als es darum ging, darüber zu entscheiden, welche und wie viele Jung-Unionisten für den 30köpfigen Parteivorstand der CDU auf dem Wahlparteitag in der kommenden Woche in Bonn kandidieren sollen, wurde von einem Delegierten in selbstkritischer Analyse als politischer Kindergarten umschrieben. Einig war man sich, daß im PV der CDU mehr als nur ein "konzedierter Kümmerling" sitzen solle, denn schließlich sei man mit angeblich 160.000 Mitgliedern die größte Vereinigung innerhalb der Union. Also wurde beschlossen, drei JU-Kandidaten für den Parteivorstand der CDU aufzustellen. Doch - und da wurde das Führungsdilemma überdeutlich sichtbar - drei Kandidaten ließen sich unter knapp 200 Delegierten nicht finden.

Der einzige, der unbedingt in den Parteivorstand wollte, war der noch bis zum Herbst amtierende Vorsitzende der JU, Hamburgs

CDU-Karrierist Jürgen Echternach. Ihn allerdings wollte ein Großteil der Delegierten nicht als den Repräsentanten der Jung-Union im Führungsstab der Mutterpartei sehen. Erst als Echternach indirekt mit dem Rücktritt drohte, bekam er seinen "Persilschein". Er darf noch ein letztes Mal mit der Unterstützung seiner Organisation rechnen, die ihn mangels Alternativen noch als Vorsitzenden auf Zeit akzeptiert. Zweiter JU-Kandidat für den Parteivorstand wurde schließlich - um die Blamage in der Öffentlichkeit nicht allzugroß werden zu lassen - der selbst in der Jungen Union nicht ernstgenommene Jung-CDU-MdB Hans Werner Schmöle. Das Unbehagen gegenüber Echternach ist gewachsen. Jenen, die innerhalb der JU immer noch glauben, man könne dort auch Politik machen, ist deutlich geworden, daß Echternach seine Position in der Junggarde der Union als eiskalt kalkuliertes Sprungbrett für die Karriere in der CDU mißbraucht hat.

Erschreckend erkennbar wurde in Herford auch, daß die Jugendorganisation der Union von einer Profilneurose befallen ist, die eines langen Heilungsprozesses bedarf. Man wollte das "Grundsatzprogramm", das im Herbst vorigen Jahres in Fulda beschlossen wurde, "fortschreiben" und so die besondere Dynamik der Organisation dokumentieren. Aus dem Fortschreiben wurde allerdings nur ein redaktionelles Gezänk. Das "Grundsatzprogramm" bleibt oberflächlich und unausgegoren.

Bleibt festzuhalten, daß sich die Junge Union in Herford auf ein Mitbestimmungsmodell geeinigt hat, das mit dem der Sozialausschüsse nahezu identisch ist. Doch für dieses Bündnis zwischen der Jugendgarde und den sozialen Feigenblättern der Union werden der Wirtschaftsrat und die rechten Parteiführer um Strauß, Dregger, Stoltenberg und Kohl nur ein müdes Lächeln übrig haben, genauso wie für die Aufforderung des abgehalfterten Partei- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Rainer Barzel, die Junge Union möge der Parteiführung "Feuer unter den Stuhl" machen, denn die Hintermänner, die Kohl auf den Stuhl des Parteivorsitzenden gehievt haben, kennen ihre Macht und die Ohnmacht der Jungen Union.

Gode Japs
(-/4.6.1973/bgy/ex)

Bedeutsam für das Saarland

Saarkanalisierung führt aus der Randlage heraus

Von Alwin Brück MdB

Mit dem Beschluß des Bundeskabinetts, die Saar bis zur Mosel schiffbar zu machen, ist eine für die wirtschaftliche Weiterentwicklung des Saarlandes wichtige Entscheidung gefallen. Der Anschluß des Saarlandes an das deutsche Wasserstraßen-Netz verbessert entscheidend den Standort der saarländischen Industrie, vor allem aber den der saarländischen Stahlindustrie, zumal alle wichtigen europäischen Konkurrenzen den Standort an einer wichtigen Wasserstraße haben.

Die Saarländer wissen es zu würdigen, daß die sozialliberale Bundesregierung jetzt Nägel mit Köpfen macht, nachdem die Diskussion um einen Wasserstraßenanschluß für das Saarland seit der Eingliederung des Landes in die Bundesrepublik nicht verstummte, es aber lange nur bei vagen Zusagen blieb. Die Schiffbarmachung der Saar bis zur Mosel rundet die Maßnahmen ab, die zur Verbesserung der Infrastruktur des Saarlandes in den letzten Jahren vom Bund finanziert worden sind. Zahlreiche Autobahnbaustellen im Saarland zeugen hier von den Anstrengungen des Bundes.

Die Autobahnen, die beschlossene Wasserstraße, aber auch eine Verbesserung der Eisenbahnverbindungen werden das Saarland aus seiner bisherigen Randlage herausführen, in die eine leidvolle politische Vergangenheit das Land in den Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Frankreich während der letzten 200 Jahre geführt hat. Die Ruinen gesprengter Westwallbunker im Saarland, die Bemühungen um den Verkauf der Bunker der Maginotlinie in Lothringen durch die französische Regierung machen auch heute noch deutlich, welche Arten von Investitionen einst sowohl von Deutschland als auch von Frankreich in ihren umstrittenen Grenzregionen bevorzugt wurden.

Die Kanalisierung der Saar zur Mosel bedeutet für die Saarländer Abschied nehmen von der Idee des Saar-Pfalz-Rhein-Kanals. Zulange hingen die verantwortlichen Landespolitiker dieser unrealistischen Idee an. Natürlich wäre der Bau einer Wasserstraße direkt zum Rhein eine für das Saarland und die Pfalz bessere Lösung gewesen. Aber er hat nie eine echte Chance der Verwirklichung gehabt, weil die Kosten für dieses Bauwerk angesichts der topographischen Situation aus wirtschaftlicher Sicht kaum zu verantworten gewesen wären.

Noch gibt es keine konkreten Finanzierungsvorstellungen für die Schiffbarmachung der Saar. Die Bundesregierung erwartet hier eine angemessene Beteiligung des Saarlandes und von Rheinland-Pfalz. Dabei aber muß bedacht werden, daß beide Länder nicht zu den finanzstarken Ländern der Bundesrepublik zählen. - Auf alle Fälle sollte die Bundesregierung das ihre tun, damit zwischen dem Beschluß über die Schiffbarmachung der Saar zur Mosel und Baubeginn oder gar Bauabschluß nicht mehr allzu viel Wasser die unkanalisierte Saar hinunterfließt.

(-/4.6.1973/bgy/ex)